

Gemeinsam stark!

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Kreisverband
Berchtesgadener Land für die Kommunalwahlen am 2. März 2008

Inhaltsverzeichnis:

- I. Wirtschaft
- II. Kommunale Sozialpolitik
- III. Gesundheitswesen und Kliniken
- IV. Gesellschaftspolitik
- V. Landschaftsschutz – Umweltschutz
- VI. Energiepolitik
- VII. Verkehr
- VIII. Europa besser machen
- IX. Sportförderung
- X. Bürgernähe und Bürgerbeteiligung

I. Wirtschaft

Bis 2002 war die wirtschaftliche Entwicklung im Berchtesgadener Land stagnierend bzw. rückläufig. Das gilt leider auch für die Situation im Tourismus, der nach wie vor von rückläufigen Gästezahlen und kürzeren Aufenthalten der Gäste geprägt ist.

Die Schaffung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG), die Errichtung einer touristischen Dachorganisation (BGLT), die zäh verlaufene Konsensherstellung unter den Gemeinden beim Beitritt zum Biosphärenreservat, der Versuch, ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement zu etablieren sowie das 2006 verabschiedete Wirtschafts-Leitbild trugen dazu bei, wieder aktiv kommunale Wirtschaftspolitik zu betreiben. Für das Haushaltjahr 2007 nimmt BGL hinsichtlich seiner Steuerkraft in Oberbayern Platz 18 (von 21!) und in Bayern Platz 40 ein – allerdings durch einen überproportional hohen einmaligen Beitrag der Stadt Freilassing. Die Verschuldung liegt zum 31.12.2006 bei knapp 38 Millionen €, was in etwa eine Pro-Kopf-Verschuldung von 370.-€ ausmacht (Landesdurchschnitt: 250.-€).

Vieles von den viel zu spät initiierten Ansätzen blieb bisher allerdings Stückwerk:

Die ersten drei Jahre der WFG dienten mehr der Selbstdarstellung des Geschäftsführers samt politischem Umfeld als einer vorausschauenden Standortpolitik. Weder gelang es, neue Betriebe anzusiedeln oder neue Wege wirtschaftlicher Kooperation zu erschließen, noch bestehende Einrichtungen (Techno-Z, Gründerzentrum) zu erhalten bzw. zu sanieren. Nach dem Wechsel des Geschäftsführers sind erste Fortschritte zu erkennen.

Der längst überfällige Versuch, Gewerbeflächenmanagement zu betreiben, also interkommunal zu kooperieren, macht sowohl ökonomisch als auch ökologisch Sinn. Leider sind bisher erst 8 von 15 Gemeinden dem „Zweckverband Gewerbeflächenmanagement Berchtesgadener Land“ beigetreten.

Das Wirtschaftsleitbild ist in manchen Punkten zu beliebig. Der Spitzensport nimmt im Vergleich zu den Breitensportangeboten zu großen Raum ein. Auch kommt der Kultursektor im Vergleich zum Sport zu kurz. Im Bereich Verkehr fehlt die dringend nötige Schwerpunktsetzung beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Ebenso vage bleibt das Bekenntnis zur Attraktivierung innerörtlicher wettbewerbsfähiger Handelsstrukturen, wenn zugleich Einzelhandelsgroßprojekte oder gar FOCs nicht ausgeschlossen werden.

Keine klare Zielrichtung ist in der Einzelhandelsdebatte feststellbar. Landrat und Mehrheitsfraktion schwanken in ihren Verlautbarungen zwischen Anklagen gegen die kompromisslose und kooperationsunwillige Wirtschaftspolitik Salzburgs und dem Wunsch aktiv dagegenzuhalten. Letztendlich ist ihnen fast jedes Mittel – und damit jede Investition - recht, gegen die Salzburger in Konkurrenz zu treten, ohne Rücksicht auf die noch bestehenden Nahversorgungsstrukturen im Einzelhandel.

Die touristische Dachorganisation BGLT war von Anfang an chronisch unterfinanziert. Sie kann daher nicht so professionell auftreten und nicht so regional und inhaltlich umfassend agieren wie es eigentlich erforderlich wäre. Zudem war ihr Start geprägt durch Vorurteile einzelner Kommunen, die missgünstig einen Aufschwung anderer zu ihren Lasten gefürchtet haben und immer noch fürchten.

Auf der Ebene der Verkehrsvereine ist das Konkurrenzdenken gegenüber den Nachbargemeinden im eigenen Landkreis nach wie vor vorhanden.

Eine besondere Problematik stellt die unzureichende Dienstleistermentalität im Bereich der Hotellerie und der Gastwirtschaft dar.

Als Tourismusregion müssen wir uns darüber hinaus für die Zukunftstrends des Tourismus wappnen. Reiseveranstalter und Hotellerie werden sich vor allem auf die ältere Generation als wachsende Zielgruppe einstellen müssen. Im Jahr 2050 sollen 37 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein; Ende 2004 waren es 18,6 Prozent. Unter allen Altersgruppen in Deutschland buchen die so genannten Jungsenioren im Alter von 50 bis 64 Jahren die meisten Urlaubsreisen. Sie werden zum Wachstumsmotor. Die ältere Generation ist gesünder, aktiver und mobiler und gibt sich nicht mehr mit "Seniorenreisen" zufrieden. Die Tourismusbranche muss sich auf die Erwartungen der jungen Alten einstellen - sowohl auf jene Gruppe, die bereit ist viel Geld auszugeben als auch auf die mit einem schmaleren Budget. Vitalität bis ins hohe Alter bedingt Prävention. Urlaub für die Gesundheit, kombinierte Fitness- und Wellnessangebote sind zunehmend gefragt und medizinische Wellnessangebote ein Wachstumsmarkt. Dazu muss unter Federführung von Experten ein Konzept erarbeitet werden: ausgehend von einer Analyse des bestehenden Angebots brauchen wir für die Tourismusregion Berchtesgadener Land die Ausarbeitung und Ermittlung professioneller Schwerpunktmaßnahmen und -projekte für den "Vitalurlaub 60+". Das Berchtesgadener Land kann damit zur Modellregion für den gesamten Alpenraum werden.

Was muss getan werden?

1. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) muss als professionelle Anlaufstelle für alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft und des Handels weiter gefestigt und noch stärker im Bewusstsein der Betroffenen verankert werden.
2. Die Zielsetzungen des Wirtschafts-Leitbildes sind in Teilen zu konkretisieren und weiter zu entwickeln (Kultur, ÖPNV, Breitensport). Dabei gilt es, die Einzigartigkeit des Landkreises zu erhalten und raumplanerische Rücksichten auf regionale und landschaftliche Voraussetzungen zu nehmen.
3. Die Zusammenarbeit bei der Ausweisung künftiger Gewerbegebiete ist zu intensivieren und auf alle 15 Gemeinden auszudehnen. Es geht dabei um eine verstärkte und effizientere interkommunale Solidarität auf Landkreisebene, um die Vermarktung von Gewerbegebieten, vorrangig für das produzierende Gewerbe und für Dienstleistungsbetriebe, voranzutreiben und um klare, miteinander abgestimmte Signale für Investitionen in Stadt- bzw. Ortskerne auszusenden.
4. Es sollten nur mehr gezielte, punktuelle Einzelhandelsansiedelungen zur Stärkung der Ortskerne unter Verzicht auf eine Ansiedelung von Einzelhandelsriesen auf der „grünen“ Wiese vorgenommen werden, da bereits genug Verkaufsflächen vorhanden sind;
5. Die SPD fordert die Beachtung und Beibehaltung der relativ restriktiven raumplanerischen Instrumentarien der Landesplanung.
6. Wichtig ist eine verstärkte regionale und zwischenstaatliche Abstimmung im Sinne der Bergener Resolution der EuRegio, um die raumordnerische Abstimmung untereinander weiter zu intensivieren und um den Status als Träger öffentlicher Belange bei Anhörungsverfahren anzustreben;
7. Unverzichtbar sind politische Entscheidungen, die zu einer Verbesserung der in der GEFAK-Studie schwächer bewerteten Standortfaktoren führen, wie z.B. die (Weiter-)Qualifizierung von Facharbeitskräften und die Schaffung dringend notwendiger Betreuungsangebote; die in der Studie positiv bewerteten Faktoren müssen weiter optimal genutzt werden.

8. Die BGLT muss nach dem Vorbild Salzburgs in die Lage versetzt werden, professionell und umfassend zu agieren. Nur so kann es gelingen das Berchtesgadener Land im Rahmen einer Imagekampagne mittelfristig als eine starke Marke zu positionieren.
9. Die Kommunen und Verkehrsvereine müssen am selben Strang ziehen, statt die Nachbargemeinden und Salzburg als Konkurrenz zu betrachten. Schulungen für Vermieter und Gastronomen hinsichtlich der Erwartungshaltung von Gästen und zu Dienstleistungsverhalten sind das Gebot der Stunde.
10. Alternative Angebote (Regenwandern im Nationalpark, Literatur, sanfte Winteraktivitäten...) im Bereich der touristischen Kernkompetenzen des BGL (Natur, Gesundheit und Kultur) würden eine zusätzliche Zielgruppe erschließen und dazu beitragen, dass auch die Nebensaison belebt wird.
11. Besonders Augenmerk muss einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik gewidmet werden (sh. Punkt VI des Wahlprogramms). Nur dadurch bleibt gewährleistet, dass die Betriebe eine ordentliche Verkehrsinfrastruktur vorfinden, die den Betrieben, aber auch ihren Arbeitnehmern und unseren Gästen in der Region eine Mobilität bei weitestgehender Umweltfreundlichkeit ermöglicht. Was sich Unternehmer als so genannte weiche Standortfaktoren wünschen, ist für Gäste, die Ruhe, Erholung und Natur suchen, ideal.

Die SPD ist absolut überzeugt, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung im Berchtesgadener Land nur dann gelingen wird, wenn das Kirchturmdenken überwunden und interkommunale Solidarität zur Leitlinie kommunalpolitischen Handelns wird.

II. Kommunale Sozialpolitik:

1. Sozialgesetzgebung und ihre Auswirkung auf die Kommunen

Seit der letzten Kommunalwahl 2002 hat sich die Gesetzesgrundlage für die kommunale Sozialpolitik in zwei wichtigen Punkten verändert:

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ist der Landkreis Berchtesgadener Land im Rahmen der ARGE BGL für Arbeitssuchende nach SGB II verantwortlich. Während die BA insbesondere für alle Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zuständig ist, umfassen die Aufgaben des Landkreises vor allem die Leistungen für Unterkunft und Heizung, für Kinderbetreuungsleistungen, Schuldner- und Suchtberatung und psychologische Betreuung.

Dafür wird den Kommunen vom Bund ein angemessener Kostenanteil gewährt. Die SPD macht sich auf allen Ebenen dafür stark, dass dieser Anteil erhalten bleibt und im Interesse der betroffenen Bürger eingesetzt wird.

Grundsicherung für nicht erwerbsfähige (SGB XII)

Erwachsene Menschen mit Behinderung, Menschen, die aus medizinischen Gründen voll erwerbsgemindert sind und bedürftige Menschen ab dem 65. Lebensjahr erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt durch die 2003 eingeführte Grundsicherung. Die SPD Berchtesgadener Land begrüßt, dass damit erstmals ein Instrumentarium geschaffen wurde, das versteckter Armut insbesondere im Alter entgegen wirkt, da ältere Menschen bei einem Antrag auf Grundsicherung nicht mehr fürchten müssen, ihre Kinder zu belasten.

2. Sozialer Wohnungsbau

Sozialer Wohnungsbau soll einen Beitrag dazu leisten, genügend bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger des Landkreises zur Verfügung zu stellen. Wichtig ist dabei Entwicklungen, die sich aufgrund demographischer Veränderungen und Zuzug ergeben, im Auge zu behalten und den Wohnungsbau an veränderte Bedürfnisse anzupassen. Zu fordern sind in diesem Rahmen auch in allen Kommunen auch behindertengerechte Wohnungen für Junge und Alte anzubieten. Bei allen Bauten ist auf Energieeinsparung und ökologisch ausgerichtete Heizsysteme mit Nutzung regenerativer Energien zu achten. Wir lehnen strikt die Veräußerung an private Investoren des sozialen Wohnungsbaubestandes ab.

3. Mietspiegel

Besonders bei der Berechnung der Grundsicherung für Erwerbsfähige hat der Begriff der „angemessenen Aufwendungen“ für Unterkunft und Heizung große Bedeutung. Deswegen erhält die alte SPD-Forderung nach der Erstellung eines Mietspiegels für das Berchtesgadener Land neue Dringlichkeit. Wir setzen uns gemeinsam mit den Sozialverbänden dafür ein, dass schnell ein aussagekräftiger Mietspiegel als Beitrag für Transparenz und Gerechtigkeit bei der Gewährung dieser Leistungen erstellt wird. Darin bestärkt uns auch die aktuelle Rechtsprechung in diesem Bereich.

III. Gesundheitswesen und Kreiskliniken

Die vergangenen fünf Jahre standen im Zeichen des Umbaus der drei Landkreiskliniken. Oberste Priorität für die SPD hatte dabei der Erhalt aller drei Kliniken unter kommunaler Trägerschaft. Das bis dato Städtische Krankenhaus Bad Reichenhall wurde Bestandteil der Kliniken GmbH Berchtesgadener Land. Ein tragfähiges neu ausgerichtetes medizinisches Konzept, das neben der medizinischen Grundversorgung auf Spezialisierung setzt und nicht mehr bezahlbare Doppelvorhaltungen vermeidet, stellt die eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit unserer Kliniken dar. Zum zweiten ist es gelungen, eine alte SPD-Forderung umzusetzen und im KH Freilassing die wohnortnahe Psychiatrie mit 80 stationären Betten und 15 Tagesbetten unterzubringen. Auch die Etablierung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Freilassing und Berchtesgaden runden im ambulanten Bereich das medizinische Angebot ab. Durch die enge institutionalisierte Kooperation mit den beiden Traunsteiner Kliniken wurde die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem gegenüber privaten Trägern, weiter gesteigert.

Obwohl dieses aufgrund der veränderten politischen und medizinischen Rahmenbedingungen notwendige Sanierungskonzept ohne betriebsbedingte Kündigungen umgesetzt worden ist, führte es zu Verwerfungen und regional unterschiedlicher Akzeptanz. Zeitweilige Verunsicherung, baulich-organisatorische Veränderungen, aber auch die politisch gewollte Aufrechterhaltung der Freilassinger Chirurgie sowie eine Notfallversorgung an allen drei Standorten führten zu einer geringeren Auslastung und zu höheren Kosten. Auch die Überführung Freilassinger Chirurgiepatienten auf die Standorte Bad Reichenhall und Berchtesgaden ist bisher nicht gelungen.

Des Weiteren findet die beispielhafte Kooperation mit Traunstein keinerlei Entsprechung mit den Salzburger Landeskrankenanstalten. Zahlreiche Kooperationsprojekte wurden von Salzburger Seite verworfen. Zugleich werden Jahr für Jahr in etwa 3.500 Fällen Patienten aus dem Landkreis BGL in Salzburg behandelt, was gewaltige Erlösminderungen nach sich zieht. Völlig unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen für die jeweiligen Kassen führen dazu, dass stationäre Aufenthalte deutscher Patienten in österreichischen Kliniken problemlos zu bewerkstelligen sind, der umgekehrte Weg aber nahezu ausgeschlossen ist.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass nur die weitere medizinische Profilschärfung und eine Qualitätssteigerung in Versorgung und Service zu einer dringend notwendigen Fallzahlsteigerung und somit zur wirtschaftlichen Gesundung in einem sich eher noch verschärfenden Wettbewerb auf dem Gesundheitssektor führen.

Daraus ergeben sich folgende Schwerpunkte für die künftige Arbeit:

Erhaltung der drei Klinikstandorte im derzeitigen Umfang in kommunaler Trägerschaft

- Ø Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems und weitere Prozessoptimierung im ambulanten wie im stationären Bereich
- Ø offensive Vermarktung des neuen Gesundheitszentrums Freilassing unter Einbezug der wohnortnahen Psychiatrie
- Ø verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und enge Zusammenarbeit mit allen gesundheitsrelevanten Einrichtungen, insbesondere mit den Niedergelassenen Ärzten
- Ø Festigung bzw. sinnvolle Ergänzung der vorhandenen MVZs
- Ø Erhalt der Krankenpflegeschule in Bad Reichenhall
- Ø Vorbereitung einer Fusion mit den Traunsteiner Kliniken unter Beibehaltung regionalspezifischer politischer Mitspracherechte
- Ø Schärfung des medizinischen Profils
- Ø Politische Initiativen zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen den deutschen und österreichischen Kassen

IV. Gesellschaftspolitik

1. Kinderbetreuung

Viele junge Paare setzen ihren Wunsch nach Kindern nicht oder oft auch erst sehr spät in die Realität um, weil sie sich finanziell und was ihre Zukunftsperspektiven betrifft nicht genügend abgesichert fühlen. Mütter und Väter brauchen wohnortnah qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen. Das Angebot von Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahr an muss gute pädagogische Betreuung und individuelle Förderung gewährleisten. Nur wenn die Eltern sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder qualifiziert betreut und gefördert werden, können sie auf dem hoch flexibilisierten Arbeitsmarkt bestehen.

Wir Sozialdemokraten wollen deshalb das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen im Berchtesgadener Land als unverzichtbares Glied der Bildungskette deutlich ausbauen. Darüber hinaus müssen wir die Fachkräfte in den Kindergärten vor allem im Vorschulbereich noch mehr unterstützen und die nötigen Rahmenbedingungen für reibungslose pädagogische Arbeit schaffen. Die Erfahrungen in den Landkreismunicipalitäten zeigen, dass auch der Bedarf an Kinderhorten und Kinderkrippen bleibt. Wir fordern ein gebührenfreies Ganztagsangebot für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

Nicht vergessen dürfen wir jene, denen wir unsere Kinder für Betreuung und Bildung anvertrauen: Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken.

2. Schule

Im bayerischen Schulsystem liegt vieles im Argen. Die SPD im Berchtesgadener Land tritt entschieden gegen jede Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen ein. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist.

Nicht länger hinnehmbar sind die zu frühe Verteilung der Kinder auf die verschiedenen Schularten schon im Alter von zehn Jahren, der massive und strukturelle Lehrermangel und die daraus resultierende Überlastung des pädagogischen Personals sowie die zu großen Klassen und zu wenigen Ganztagsangebote im Landkreis. Wir Sozialdemokraten wehren uns dagegen, dass überzogener Leistungsdruck, übervolle Lehrpläne und die Unterrichtsverlagerung in die Familie den Schulalltag bestimmen.

Wir treten ein für deutlich höhere Bildungsausgaben, eine umfassende Schulreform mit der Ganztagschule als integralem Bestandteil, für den Erhalt der wohnortnahen Schule im Berchtesgadener Land und für eine vollständige Lernmittelfreiheit. Im Berchtesgadener Land dürfen nicht noch mehr Schulhäuser geschlossen werden, sondern wir brauchen vollwertige Ganztagsangebote für alle Schularten.

Unsere konkreten Forderungen:

- Die SPD fordert einen möglichst raschen Ausbau von Kinderkrippen nach einer seriösen Bedarfserhebung in Absprache der Kommunen untereinander und mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, um eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu garantieren und damit auch den Frauen bessere Chancen in ihrer beruflichen Karriere und damit auch in ihrer persönlichen Entfaltung zu bieten.

- Um echte kompensatorische Erziehung zu leisten, gilt es, die Kosten sozialverträglich zu staffeln mit der Zielsetzung, vorschulische Erziehung mittelfristig gebührenfrei anzubieten. Für die nötigen Finanzmittel hat nach der föderalen Aufgabenaufteilung das Land zu sorgen. Sowohl aus pädagogischen wie auch aus entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, aber auch aus Gründen der Chancengerechtigkeit muss der Stellenwert der vorschulischen und frühkindlichen Erziehung und Förderung drastisch erhöht werden. Als erster Schritt muss daher das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gestaltet werden.
- Die Schaffung altersübergreifender Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten und großzügig bemessenem Personalschlüssel, die Familienstrukturen abbilden, sollte vom Landkreis unterstützt und gefördert werden. Wir wollen dabei auf den bisherigen Beschlüssen des Kreistags aufbauen.

Um vor allem den Schülern und Schülerinnen aus bildungsferneren Elternhäusern größere Bildungs- und damit Ausbildungschancen einzuräumen und diese besser individuell zu fördern, müssen zunächst an allen größeren Schulen gebundene Ganztagszüge mit einem auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse ausgerichteten pädagogischen Profil eingerichtet werden. Dabei darf es sich nicht um eine Teil-Lösung wie bei den bisherigen Ganztagsbetreuungseinrichtungen handeln, sondern um eine echte rhythmisierte Form der Ganztagschule. Ausreichendes Personal (Lehrkräfte, Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter) und ein angemessenes Budget sind Grundvoraussetzung dafür.

3. Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche haben für die Sozialdemokratische Partei höchsten Stellenwert. Das gilt auch in Zeiten knapper Mittel. Vor allem brauchen Familien, die Keimzellen unseres Staates, unsere Unterstützung. Die Förderung der Kinder und Jugendlichen hat erste Priorität in der offenen Jugendarbeit.

Die SPD fordert deshalb:

- Ein akzeptables Raumangebot für die Jugendarbeit
- Ausreichende personelle Ausstattung der offenen Jugendarbeit
- Begleitung für Eltern in Erziehungsfragen
- In allen Gemeinden müssen Krippenplätze zur Verfügung gestellt werden
- Rechtzeitige Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Schule und Jugendamt bei Auffälligkeiten von Kindern (Vernachlässigung, Misshandlung . . .)
- Finanzielle Unterstützung von gemeinsamen Aktionen mit Schülern, Lehrern und Eltern

Der SPD ist klar, dass bessere Erziehung nicht allein mit vermehrtem Einsatz von Finanzmitteln erreicht wird. Dennoch müssen für besondere, hauptsächlich für Präventivmaßnahmen, genügend Geldmittel zur Verfügung stehen. Was in die präventive Jugendhilfe (auch: Elternhilfe!) investiert wird, verhindert soziale Verwahrlosung und somit weit höhere Kosten für spätere Resozialisierungsmaßnahmen.

4. Gesellschaft im demographischen Wandel

Seit dem 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen verlangt und sie Schritt für Schritt umgesetzt, vom Frauenwahlrecht bis zu gleichen Rechten in Ehe und Familie, im Beruf und im Zugang zu den Bildungseinrichtungen. Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem selbstbestimmten Leben verwirklichen können. Sie wollen beides: Beruf und Familie. Auch Männer wollen Erzieher und Begleiter ihrer Kinder sein. Dieses partnerschaftliche Leitbild der gemeinsamen Familienarbeit und gleichzeitiger Berufstätigkeit muss die Gesellschaft ermöglichen. Existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Zugang zum Beruf und beruflichen Aufstieg, gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeitszeiten und verlässliche pädagogische Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind hierfür Grundvoraussetzungen. Gelingen kann dies nur im Miteinander von Jung und Alt.

Unser Landkreis muss sich den Anforderungen des demographischen Wandels stellen. Wir Sozialdemokraten im Berchtesgadener Land fordern die Fortschreibung des Altenhilfeplans und die Einführung eines Seniorenpasses nach dem Vorbild des Landkreises Traunstein. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion ist uns die Sicherung der Qualität der Pflege und Betreuung durch ein Heimgesetz auf Landesebene im Interesse der älteren Menschen ein weiteres wichtiges Anliegen. Unumgänglich ist außerdem die verstärkte Berücksichtigung der Belange unserer älteren Mitbürger in der Orts- und Verkehrsplanung auch in ländlich strukturierten Gemeinden. Beispiele hierfür sind lesbare Busfahrpläne, durchgehende Bürgersteige, barrierefreie Wohnungen, ausreichende Wegbeleuchtungen und wettergeschützte Ruhebänke.

5. Kultur

Die SPD bekennt sich zur Kulturförderung als zentrale freiwillige Aufgabe der Kommunen und des Landkreises. Unser Kulturbegriff schließt dabei das traditionelle Brauchtum in Musik, Tanz und Sprache, das in vielen Vereinen und Verbänden liebevoll gepflegt wird, ebenso mit ein wie Jugendbands und alternative Angebote aus allen Bereichen. Auch die Berchtesgadener Handwerkskunst ist als Jahrhunderte alte Volkskunst weiter zu fördern und zu erforschen.

Die Sanierung des Heimatmuseums Berchtesgaden ist uns ein besonderes Anliegen. Diese wichtige kulturelle Einrichtung unseres Landkreises muss einen würdigen Rahmen bekommen. Die Lokwelt Freilassing, die unter anderem von der Landkreisstiftung gefördert wird, bildet gemeinsam mit der Bad Reichenhaller Philharmonie und anderen wichtigen Einrichtungen kulturelle Leuchttürme in unserer Region.

Um die Musikförderung und die Unterstützung der musikalischen Bildung auf stärkere Beine zu stellen, setzen wir uns für die Schaffung eines Trägervereins zur Förderung der Musikschulen im Landkreis ein. Der Landkreis, alle Gemeinden, die Sparkasse Berchtesgadener Land und die Kehlsteinstiftung sollen damit ein Zeichen für musikalische Bildung in unserer Region setzen. Die Grundlage dafür bildet die verdienstvolle Arbeit der bestehenden Musikschulen in Teisendorf, Freilassing, Bad Reichenhall und Berchtesgaden.

6. Bundeswehr

Die Bundeswehr ist in den Standorten Bad Reichenhall und Bischofswiesen mit den Truppenteilen der Gebirgsjägerbrigade 23 und dem Bundeswehrdienstleistungszentrum sowie in Schneizlreuth mit der Wehrtechnischen Dienststelle der größte Arbeitgeber im Landkreis Berchtesgadener Land mit einem breiten Spektrum zum Teil hoch qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Bedingt durch die Neuorganisation der Streitkräfte werden die Standorte Bischofswiesen und Bad Reichenhall in den nächsten Jahren um weitere ca. 1.500 Soldaten aufwachsen.

Wir wollen die traditionell gewachsenen guten Beziehungen zur Bundeswehr weiter erhalten und setzen uns dafür ein, die Standorte der Bundeswehr auch für die Zukunft zu sichern. Dabei wird es auch künftig darauf ankommen, die Erfordernisse von Tourismus und Naturschutz einerseits mit den Anforderungen des militärischen Ausbildungsbetriebes andererseits in ein für beide Seiten akzeptables ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Im Hinblick auf den personellen Aufwuchs der Standorte werden wir mithelfen, nach Lösungen zu suchen, um den zuziehenden Familien der Soldaten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

7. Agenda 21

Die SPD Berchtesgadener Land hat von Beginn an den Agenda 21-Prozess in den Kommunen und im Landkreis unterstützt. Weiterhin sehen wir darin ein hervorragendes Instrument, um die Beteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Es gilt, den Prozess als Mittel für mehr Demokratie immer wieder neu zu beleben und mit Inhalten zu füllen im Sinne einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung.

V. Landschaftsschutz – Umweltschutz

Das Berchtesgadener Land zählt zu den europaweit reizvollsten Natur- und Kulturlandschaften. Hochgebirge, alpine Tal- und Beckenlandschaften sowie agrarisch strukturierte voralpin geprägte Hügel- und Seenlandschaften prägen die einzelnen Landkreisteile und schaffen die Voraussetzung für verschiedenartige Nutzungsformen. Besonders der Tourismussektor hängt unmittelbar vom Erhalt der intakten Landschaft ab. Doch auch als wesentlicher weicher Standortfaktor für die gewerbliche Wirtschaft nimmt der Wert einer intakten Landschaft eher noch zu. Um diese Lebensgrundlagen zu erhalten, bedarf es einer sensiblen Bauleitplanung, einer dem Leitbild angepassten Wirtschaftsweise sowie einer touristischen Entwicklung, die die Natur als wertvollstes Kapital betrachtet.

1. Nationalpark

Der Nationalpark Berchtesgaden hat sich seit seiner Einführung 1978 gegen den erbitterten Widerstand vieler örtlicher Verbände und einer Mehrheit von Kommunalpolitikern durchsetzen müssen. Er sollte von Anfang an sowohl dem Naturschutz als auch der Naherholung und der Fremdenverkehrsförderung dienen. In den vergangenen 23 Jahren hat sich die 210 qkm große Schutzzone als Deutschlands einziger Alpen-Nationalpark zum werbewirksamsten Touristenmagnet im Berchtesgadener Land entwickelt und fand auch bezüglich seines ökologischen Werts - beispielsweise über das von der UNESCO ins Leben gerufene MAB-Programm ("Man and Biosphäre") - internationale Anerkennung. 1990 wurde ihm das Europadiplom der Kategorie A verliehen, was nur für Gebiete von herausragender ökologischer Bedeutung in Frage kommt. Im selben Jahr wurde der Nationalpark zusammen mit dem nördlichen Vorfeld ebenfalls von der UNESCO als Biosphärenreservat Berchtesgaden anerkannt.

Zwei Drittel der Nationalparkfläche zählen zur Kernzone, d.h. dass auf menschliche Eingriffe bewusst verzichtet wird. Der Rest ist die Pflegezone, in der traditionelle Nutzungen (z.B. Almwirtschaft) weiter betrieben werden können.

Eine langjährige Forderung der SPD wurde 2003 endlich umgesetzt: Der Nationalpark untersteht jetzt einzig und allein dem Umweltministerium und nicht mehr wie bisher vier verschiedenen Ministerien und dem Landratsamt. Dieses ist lediglich noch als Sitz der Unteren Naturschutzbehörde für die Erteilung von Fahrgenehmigungen zuständig. Durch diese Verwaltungsreform erhielt der Nationalpark 2005 die Verlängerung des „Europa-Diplom“ verliehen.

Unsere Zielsetzungen sind:

- eine generelle informelle Verzahnung zwischen der Nationalparkverwaltung und den Tourismusorganisationen, insbesondere der BGLT, zum Zwecke naturverträglicher Tourismusangebote und abgestimmter Werbemittel
- ein offensives Bewerben des Nationalparks Berchtesgaden
- keine weitere Zulassung sportlicher Massenveranstaltungen innerhalb des Nationalparks, aber Hinnahme traditioneller Nutzungsformen wie Wandern, Bergsteigen, Klettern u.ä. ("Den Menschen nicht aus der Natur hinausschützen")
- ein einvernehmliches Verhältnis zwischen Almberechtigten und Nationalparkbehörde unter Zugrundelegung und vernünftiger Abwägung traditioneller almwirtschaftlicher und notwendiger naturschutzrechtlicher Interessen

2. Biosphärenreservat

Seit 1990 sind der Nationalpark Berchtesgaden und sein Vorfeld Biosphärenreservat. Dieses besondere Gütesiegel wurde der Region wegen der herausragenden ökologischen Bedeutung und aufgrund der Jahrhunderte alten nachhaltigen Entwicklung durch seine Bewohner durch die UNESCO, die für Erziehung, Kultur und Wissenschaft zuständige Organisation der Vereinten Nationen, verliehen. Biosphärenreservate richten sich nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der Kreisschlüssigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet: Jede Generation sollte die Naturgüter so

nutzen, dass kommende Generationen mindestens denselben Vorteil daraus ziehen können. Das Konzept der Kreisschlüssigkeit orientiert sich am perfekten Wachstums- und Recyclingprinzip der Natur.

Biosphärenreservate sind großflächige, repräsentative Ausschnitte von Natur- und Kulturlandschaften. Sie gliedern sich - je nach dem Einfluss menschlicher Tätigkeit - in eine Kernzone, eine Pflege- und eine Entwicklungszone. Kern- und Pflegezone liegen vollkommen innerhalb der Nationalparkgrenzen. Die vorgeschriebenen Flächengrößen werden dadurch weit übererfüllt, ohne dass auch nur 1 Quadratmeter privater Fläche mit einbezogen werden müsste. Die Entwicklungszone ist zugleich Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum der Bevölkerung. Gefördert werden sollen Wirtschaftsweisen im Sinne der Nachhaltigkeit. Dabei sollen ökonomische, ökologische und soziokulturelle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Das Biosphärenreservat ist keine eigene Schutzgebietskategorie im rechtlich bindenden Sinne, sondern ein Qualitäts-Gütesiegel als imageträchtige Anerkennung für eine einmalige Natur, aber auch für eine Jahrhunderte alte Tradition nachhaltigen Wirtschaftens. Grundstücksbesitzer, Land- und Forstwirte unterliegen den gegebenen rechtlichen Gesetzen und Verordnungen und sind keinen weiteren Einschränkungen ausgesetzt. Ebenso wenig unterliegt eine weitere bauliche und gewerbliche Entwicklung weiter gehenden Einschränkungen.

Über lange Jahre hinweg haben sich die CSU- und FWG-dominierten Gemeinden – nicht zuletzt auf Druck der Land- und Forstwirte – gegen die SPD und gegen die eigenen Interessen gestraubt, aus dem Biosphärenreservat etwas zu machen. Dies hat den Landkreis und den Gemeinden eine Menge an potentiellen Fördermitteln gekostet.

Erst in den vergangenen Jahren haben sich zunächst 8 Mitgliedsgemeinden aus dem Süden und der Mitte des Landkreises zusammen mit 7 Verbänden wie dem Bauernverband oder der Solidargemeinschaft BGL u. a. zu einem Trägerverein zusammengeschlossen. In Rolf Gerlach sorgt ein Diplombiologe als Verwaltungschef des Unesco-Biosphärenreservats am Landratsamt für die vom Trägerverein beschlossene Projektaufbereitung und die Fördermittel, die jährlich bis zu 250 000.-€ abrufbar sind. Mittlerweile haben sich fast alle Landkreisgemeinden angeschlossen. Bereits in den vergangenen 2 Jahren wurden Finanzmittel angefordert für die landkreisweite Radwegebeschilderung, für verschiedene Themenwanderwege oder verkehrssichere Milchanhänger für 79 Bergbauern. Grundsätzlich werden von unten über den Trägerverein initiierte Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismusförderung und Entwicklung einer Regionalmarke gefördert.

Wir fordern daher:

- eine aktive Mitarbeit aller Gemeinden im Trägerverein, um Projekte anzuschließen und Mittel aus dem Fördertopf auszuschöpfen
- die Einbeziehung des Gütesiegels „Biosphäre“ zusammen mit dem Nationalpark in die Tourismuswerbung
- die kontinuierliche Einbeziehung der Landwirte in die Biosphärendiskussion zum Zwecke der Förderung nachhaltiger Nutzungsformen
- eine effektive Öffentlichkeitsarbeit

3. Salzach

Die mittlerweile getroffenen und geplanten Maßnahmen zur Wiederherstellung einer dynamischen Sohlstabilität unter Erhaltung des bestehenden Hochwasserschutzes finden die ungeteilte Zustimmung der SPD Berchtesgadener Land. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es in diesem Abschnitt der Salzach keine weitere Nutzung der Wasserkraft geben wird. Die beschlossenen Maßnahmen tragen zur Hebung des Grundwasserspiegels bei, wodurch die ursprüngliche Auwaldvegetation zum Teil wiederhergestellt werden kann.

4. Klimawandel in den Alpen

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist in den Alpen nach Auffassung aller maßgeblichen Experten bereits heute Realität. Auch wenn dies von einigen CSU-Politikern sowohl auf kommunaler als auch überregionaler Ebene weiterhin geleugnet wird: dadurch verändert sich auch der Charakter der Tourismusregion Berchtesgadener Land.

Die SPD setzt sich daher für eine nachhaltige Tourismusedwicklung in unserer Region ein, die ihren Schwerpunkt nicht mehr auf „Events“ und den Ausbau weiterer Aufstiegshilfen legt, sondern für Sommer und Winter ökologisch verträgliche Angebote für unsere Gäste schafft. Der Ausbau von Wintersport-Einrichtungen unterhalb der zukünftigen Schneegrenze ist nicht nur umweltpolitisch falsch, sondern auch eine Verschwendung von Steuergeldern.

5. Flächenverbrauch und Landschaftsschutz

Gerade in unserem Landkreis ist freie Fläche ein knappes und damit wertvolles Gut. Allein schon die mit weiterer Flächenversiegelung verbundene Hochwassergefahr gebietet deshalb einen behutsamen Umgang mit den verbliebenen freien Flächen.

Deshalb konzentriert sich unser Wirtschaftskonzept zu Recht auf die Entwicklung der Innenstädte, die Förderung heimischer Betriebe und die Ansiedlung innovativer und umweltfreundlicher neuer Unternehmen anstelle von Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ (vgl. Punkt I).

VI. Energiepolitik

1. Ein Anfang ist gemacht!

Mit der Ökosteuern, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem 100.000-Dächer-Programm hat die SPD-geführte Bundesregierung 1998 erstmals damit begonnen, eine echte Energiewende einzuleiten. Mit dem Co2-Sanierungsprogramm des Bundes wurde diese Erfolgsgeschichte auch nach 2005 fortgesetzt. Von vielen damals noch scharf bekämpft, sind die Themen Klimaschutz und Energiesicherheit heute in aller Munde. Doch es gilt nun auch im Berchtesgadener Land auf den erzielten Erfolgen aufzubauen. Deswegen braucht die Kommunalpolitik klare Prioritäten:

2. Sparen hat Vorrang!

Wir Sozialdemokraten nehmen das Ziel eines energieautarken Berchtesgadener Landes, in dem so viel Energie erzeugt wie verbraucht wird, sehr ernst. Diese langjährige Forderung der SPD wurde vom Kreistag mit einer breiten Mehrheit beschlossen. Mit dieser Energiewende wird nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz geleistet, sondern auch die regionale Wirtschaft gestärkt. Jeder Cent, der nicht für Erdöl, Kohle und Atomenergie ausgegeben wird, bedeutet mehr Kaufkraft in unserem Landkreis.

Die Einsparung von Energie hat für uns Vorrang. Hier kann der Landkreis einiges bewegen und auch Vorreiter für das Engagement der Bürger sein. Deswegen fordern wir:

- Investitionen in Wärmeschutz und erneuerbare Energien bei allen Objekten, auf die der Landkreis direkten Einfluss hat (Landratsamt, Kreiskliniken, Wohnbauwerk). Dabei wollen wir die angebotenen Förderprogramme von Bund und Land optimal ausschöpfen.
- Anwendung einer energiesparenden Bauweise mit nachhaltigen Rohstoffen bei allen öffentlichen Neubauten im Landkreis
- Ausschöpfen der Befugnisse als Baugenehmigungsbehörde, um eine nachhaltige Entwicklung auch bei der Bauentwicklung zu unterstützen
- Informationsoffensive, um möglichst viele Bürger als Verbraucher, Bauherren und mobile Menschen für das Ziel des energieautarken Landkreises zu begeistern

3. Nachhaltige Energiequellen – alle Chancen nutzen!

An den vielen Photovoltaikanlagen und Solarpanelen im Berchtesgadener Land kann es jeder erkennen: die Sonnenenergie ist aus unserem Landkreis als Wirtschaftsfaktor und saubere, nachhaltige Energiequelle nicht mehr wegzudenken. Als stark von der Landwirtschaft geprägte Region sehen wir aber nicht nur hier noch große Entwicklungschancen. Auch bei Biogas, Biomasse und Biodiesel sowie Erdwärme gibt es noch ein erhebliches Potential, dass wir in den nächsten Jahren entwickeln wollen.

Wir stehen auch der Nutzung der Wasserkraft aufgeschlossen gegenüber. Aber insbesondere bei der Salzach muss klar sein: Großprojekte, die Natur und Landschaft stark beeinträchtigen, können keine Lösung für eine nachhaltige Energieversorgung sein. Wir stehen deswegen zu der beschlossenen und von Fachseite klar unterstützten naturnahen Sanierung der Salzach.

In enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Kreditinstituten, der heimischen Landwirtschaft und den regionalen Betrieben soll der Landkreis das beschlossene Ziel des energieautarken Berchtesgadener Landes durch eine konkrete Strategie mit nachprüfbaren Einzelschritten ergänzen.

Es ist unser erklärtes Ziel, in den nächsten sechs Jahren im Kreis mindestens ein innovatives Projekt mit überregionaler Förderung zu entwickeln, in dem das Thema Energieerzeugung im ländlichen Raum aufgegriffen wird. In der Kooperation im Rahmen der EuRegio, aber auch durch die Förderung im Rahmen des Biosphärenreservats sehen wir hier ein Potential für neue Wege.

Die Energieversorgung der Zukunft muss in unseren Landkreis drei Kriterien erfüllen: sauber, nachhaltig und dezentral!

4. Wasser ist ein Nahrungsmittel!

Die Schonung natürlicher Ressourcen endet nicht beim Thema Energie. Wir wollen den sparsamen Umgang mit Trinkwasser fördern, wobei auch hier der Landkreis Vorbild und Vorreiter sein kann und sollte. Darüber hinaus soll den Bürgern auch zu diesem Thema ein umfassendes Informationsangebot gemacht werden.

5. Kommunale Daseinsvorsorge schützen!

Die hohe Qualität unseres Trinkwassers, aber auch der Abwasserentsorgung in unserer Region wollen wir auf jeden Fall erhalten. Ebenso wie beim Aufbau einer dezentralen Energieversorgung kommt hier den Kommunen und Stadtwerken eine große Bedeutung zu.

Im Einklang mit den sozialdemokratischen Fraktionen in München, Berlin und Brüssel setzen wir uns deswegen konsequent für einen Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge ein. Auch im Berchtesgadener Land versuchen die großen Energiekonzerne einen Einstieg bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu finden. Diesen Tendenzen zu Privatisierung und zur Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen in den privaten Sektor treten wir entschlossen entgegen.

VII. Verkehr

Unser Landkreis ist verkehrstechnisch, vor allem entlang der beiden Entwicklungsachsen (Traunstein/Teisendorf/Freilassing und Laufen/Freilassing/Bad Reichenhall/Berchtesgaden) größtenteils gut erschlossen. Ein dichtes Netz an Bundes-, Kreis- und Gemeindestraßen, die A8, die Eisenbahnlinie und nicht zuletzt der Salzburger Flughafen garantieren eine auch in einer Unternehmerumfrage bestätigte funktionsfähige verkehrliche Infrastruktur. Der sechsspurige Ausbau der Autobahn A 8 ist nicht dazu geeignet, die Verkehrsprobleme unseres Landkreises zu lösen. Je großzügiger Straßen ausgebaut werden, desto mehr Individualverkehr wird angezogen, desto unfinanzierbarer und letztlich unattraktiver werden ÖPNV-Projekte und desto mehr an wertvollen und zusehends knappen Flächen werden versiegelt. Die SPD plädiert allenfalls für punktuelle Verbesserungen an neuralgischen Punkten, für Lärmschutzmaßnahmen und für die Umsetzung eines integrierten Gesamtkonzeptes für den öffentlichen Nahverkehr.

In den vergangenen Jahren wurden in Teilbereichen bereits Verbesserungen erzielt. So attestiert der vom Landkreis in Auftrag gegebene Nahverkehrsplan aus dem Jahr 2004 dem Landkreis gemäß der Leitlinie zur Nahverkehrsplanung in Bayern „ein sehr gutes Angebot“. Dies bezieht sich jedoch in erster Linie auf den Straßen gestützten ÖPNV, nicht auf den SPNV. Der Schienennahverkehr, besonders der grenzüberschreitende, weist noch entscheidende Mängel auf. Ebenso wenig wurde bisher eine alle öffentlichen Verkehrsträger integrierende Vertaktung erreicht und auch die zeitlichen und räumlichen Parallelverkehre schmälern das Nahverkehrspotential. Der seit Juni 2006 eingesetzte „Talent“ und die erfolgte Anbindung an Salzburg deuten jedoch bereits die künftigen Chancen eines Salzburger – Berchtesgadener - Gesamt-Verkehrsverbundes an. Nach der Ausschreibung der Schienenstrecke Freilassing-Reichenhall-Berchtesgaden und dem Zuschlag an die private Bietergemeinschaft Salzburg AG/Regental AG, die im Dezember 2009 den Betrieb der Strecke von der DB Regio übernimmt, gilt es nun, mit diesen Partnern ein attraktives grenzüberschreitendes Nahverkehrssystem aufzubauen. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der bahnbegleitenden Infrastruktur: die Schiene S-Bahn-tauglich machen, vorhandene Haltepunkte attraktivieren, neue Haltepunkte anlegen und endlich das 3. Gleis zwischen Freilassing und Salzburg errichten. Dazu ist es nötig, politischen Druck aufzubauen, um über das Bayerische Wirtschaftsministerium und die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) die notwendigen Investitionsmittel zu sichern

Die SPD setzt sich daher besonders ein für:

1. Die Errichtung neuer kundenfreundlicher Haltepunkte entlang der Bahnlinie Freilassing – Bad Reichenhall – Berchtesgaden sowie die Beseitigung der Langsam-Fahrpassagen für einen künftigen S-Bahnverkehr
2. Eine fahrplantechnische Abstimmung aller Nahverkehrsanbieter zur optimalen Anbindung von Buslinien an die Bahn und zur Vermeidung von Parallelfahrten von Bus und Bahn
3. Einen grenzüberschreitenden Gesamt-Verkehrsverbund (Bus und Schiene) zwischen dem Landkreis BGL und Salzburg unter späteren Einbezug des Landkreises Traunstein
4. Den zweigleisigen Ausbau der Bahnlinie München – Mühldorf – Freilassing – Salzburg („Magistrale“)
5. Ein Informationsleitsystem über die Angebote des ÖPNV für Einheimische und Gäste
6. Die Komplettierung des landkreisweiten Radwegesystems, vor allem im südlichen Landkreis, beispielsweise entlang der BGL 4 zwischen Bayerisch Gmain und Weißbach
7. Bestmöglicher Lärmschutz im besiedelten Bereich entlang der A 8
8. Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung durch den Salzburger Flughafen; dazu Ausschöpfung aller rechtlichen und Verhandlungsmöglichkeiten

VIII. Europa besser machen – Neuanfang für die EuRegio

Die SPD hat die europäische Einigung immer energisch befürwortet: in Brüssel, Berlin, München – und auch im Berchtesgadener Land. Auch wenn es vielen schon selbstverständlich erscheint: der Wegfall der Grenzkontrollen hat die Lebensqualität in unserer Region enorm verbessert. Im Zusammenwachsen über frühere Grenzen hinweg liegen weiterhin riesige Chancen für unsere gesamte Region.

Deshalb hat die SPD Berchtesgadener Land die Gründung der EuRegio Salzburg – BGL – Traunstein von Anfang an unterstützt. Von Beginn an haben wir allerdings vor den wenig demokratischen Strukturen innerhalb des Verbandes und einem zu geringen Mitspracherecht gewarnt. Folgerichtig ist es innerhalb dieser Struktur nicht gelungen, eine gemeinsame Entwicklung der Region zu organisieren. Insbesondere seitdem die örtliche CSU die SPÖ-geführte Salzburger Landesregierung als Sündenbock für alle Fehlentwicklungen entdeckt hat, steckt die EuRegio in der Krise. Von einer gemeinsamen Strategie für die Entwicklung unserer Region ist man so weit entfernt wie zu Gründung der EuRegio. Auch das gemeinsame Eintreten für lebenswichtige Projekte wie den Bahnausbau lässt leider noch zu wünschen übrig.

Als Sozialdemokraten fordern wir daher einen echten Neuanfang für die EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, an deren Anfang eine ehrliche Bilanz der bisherigen Entwicklung stehen muss. Wir fordern vom Landesgesetzgeber und unseren österreichischen Nachbarn, der EuRegio eine echte Entscheidungskompetenz für regionale Entwicklung zu übertragen. Das muss sich auf bayerischer Seite auch im Landesentwicklungsprogramm wiederfinden.

Es ist auch bei europäischen Partnern legitim, unterschiedliche Interessen zu haben und diese zu vertreten. Im Interesse aller Bürger in Traunstein, Salzburg und dem Berchtesgadener Land wollen wir deshalb eine ehrliche Diskussion über Gemeinsamkeiten und Konflikte in der EuRegio. Nur daraus kann sich ein wirkliches Zusammenwachsen entwickeln.

IX. Sportförderung

Der Sport erfüllt wichtige gesundheitliche, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Funktionen in unserem Landkreis. Die Bayerische Staatsregierung zieht sich indes immer weiter aus der Förderung des Breitensports zurück – sei es bei Zuschüssen für Sportbetriebspauschalen, für Investitionsförderung oder bei der Übungsleiterförderung. Die Kommunen im Berchtesgadener Land können die mangelnden Investitionen und Zuschüsse oft nicht ausgleichen oder nur unter erheblichen finanziellen Anstrengungen, da sie zum großen Teil mit angespannten Haushalten zu kämpfen haben. Das trifft unsere Vereine als Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens und als wichtigen Partner in der Jugendarbeit.

Wir Sozialdemokraten sagen: Hier wird vom Freistaat an der falschen Stelle gespart. Wenn die Arbeit der Vereine eingeschränkt wird, führt das nicht zuletzt auch zu sozialen Problemen. Sport hilft Kindern nicht nur bei ihrer Entwicklung, sondern ist auch ein Instrument der Integration. Einschnitte in der Förderung des Breitensports verursachen morgen Kosten in den kommunalen Haushalten für Sozialpädagogen und Sozialarbeiter.

Deswegen darf sich der Staat aus dieser Verantwortung nicht zurückziehen. Die SPD Berchtesgadener Land fordert eine angemessene Unterstützung der Sport- und Schützenvereine und ein Ende des verfehlten Sparkurses. Die Staatsregierung muss darüber hinaus die Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Kommunen am Aufschwung teilhaben können. Nur wenn sich die Kommunalfinanzen wieder erholen, können die Gemeinden im Berchtesgadener Land ihren Teil zur Förderung des Breitensports beitragen, und die Vereine mit Zuschüssen oder Investitionen in den Sportstättenbau entscheidend unterstützen.

Nicht vergessen werden darf der Schulsport, der eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Bewegungsmangel spielt. Doch CSU und Staatsregierung haben aller Warnungen zum Trotz den Sportunterricht an den Schulen fast halbiert. Wir setzen uns dafür ein, dass das einzige Gesundheits- und Bewegungsfach an unseren Schulen wieder den früheren Stellenwert bekommt.

Ohne ein weitreichendes und attraktives Breitensport-Angebot ist auch die Entwicklung des Leistungssports nicht denkbar. Als Region, die große Sportlerpersönlichkeiten und internationale erfolgreiche Athleten hervorbringt, gibt es für das Berchtesgadener Land eine ganz besondere Verantwortung, der wir Sozialdemokraten uns stellen.

X. Bürgernähe und Bürgerbeteiligung

Das Bild vom Bürger in unserer Gesellschaft hat sich grundlegend gewandelt; aus dem einstigen Untertanen ist der mündige Bürger geworden; der Bürger, der gegenüber der Behörde nicht als Bittsteller auftreten will, der Bürger, der über politische Entscheidungen umfassend informiert und daran beteiligt werden will.

Diesen Wandel gilt es auch im kommunalen Bereich nachzuvollziehen, ja sogar zu fördern und zu unterstützen.

Die SPD Berchtesgadener Land fordert daher vom Landkreis,

- sich bei Strukturen, Entscheidungsprozessen und –inhalten in erster Linie an den Bedürfnissen der Bürger zu orientieren; "Sachzwänge" dürfen diese Bürgerorientierung nicht behindern, sondern sind ggf. kreativ zu überwinden
- eine aktive und umfassende Informationspolitik als Voraussetzung sowohl für eine qualifizierte Bürgerbeteiligung als auch für Durchschaubarkeit und Kontrollierbarkeit des Verwaltungshandelns zu betreiben
- die Bürger frühzeitig und umfassend an Planungen und Entscheidungen, auch über die normierten Beteiligungsverfahren hinaus, zu beteiligen
- durch Abbau bürokratischer Hemmnisse für eine Beschleunigung von Entscheidungsprozessen zu sorgen
- die kommunalen Regelwerke und Vorschriften periodisch daraufhin zu überprüfen, ob sie überhaupt und in dieser Form noch erforderlich sind und ob die Zuständigkeit ggf. näher zum Bürger oder zu diesem selbst verlegt werden kann (Verfalldatum, Deregulierung, Dezentralisierung)

Das Bild des Bürgers als eines Bitt- und Antragstellers muss aus den Köpfen verschwinden und nachhaltig ersetzt werden durch den Bürger als Kunden und Auftraggeber der Verwaltung!